

ANTIMUSLIMISCHEN

RASSISMUS

ERNST NEHMEN

KRITIK AN

MUSLIMISCHEN

ORGANISATIONEN

ZULASSEN

VORWORT

Antimuslimischer Rassismus ist eine Form der Diskriminierung, unter der viele Menschen in Deutschland leiden. Häufig werden sie aufgrund ihres Namens oder ihres Aussehens als Muslime markiert, unabhängig davon, ob sie es tatsächlich sind oder wie religiös sie überhaupt sind.

Wir Aktive beim Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. (BDAJ) sind ebenfalls davon betroffen, stoßen aber leider in unserem Verbandsalltag wiederholt auf einen Missbrauch des Phänomens „antimuslimischer Rassismus“ und wollen, dass er als solcher entlarvt und beendet wird.

Kritik an rechtspopulistischen, rechtsradikalen und islamistischen Lückenfüllern in der Zivilgesellschaft muss erlaubt sein. Hier nur einem abstrakten Ideal der „Vielfalt“ Genüge zu tun oder sich vor vermeintlichen rassistischen Zuschreibungen zu schützen, kann und darf nicht sein. Verbände und Organisationen, die sich an dieser Stelle als Opfer einer sogenannten Kontaktschuld stilisieren und Kritik als Wiederholung von Vorurteilen brandmarken, lenken von ihren eigentlichen Zielen ab: einer nationalistisch-identitären Abgrenzung und einem religiös begründeten Fundamentalismus.

Auf seiner Bundeskonferenz 2021 hat der BDAJ ein Positionspapier unter dem Titel „Antimuslimischen Rassismus ernst nehmen – Kritik an muslimischen Organisationen zulassen“ verabschiedet, das für großes Aufsehen und auch für Anfeindungen gesorgt hat. Positiver Zuspruch von vielen Seiten hat uns schließlich ermutigt, dieses wichtige Thema in der vorliegenden Handreichung aufzugreifen und aus verschiedenen Aspekten zu beleuchten. Dass wir hierzu zahlreiche Expert_innen gewinnen konnten, freut uns sehr.

Özge Erdoğan und Kamer Güler

Bundesvorsitzende

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V.

Der Einfluss der großen Islamverbände auf die muslimische Community in Hinblick auf Individualität/Konformität und Meinungsfreiheit

von Lale Akgün

„Die Aufgabe der Politik besteht darin, die Muslime vor den Verbänden zu schützen. Die Mehrheit der Muslime hat unsere demokratischen Werte längst verinnerlicht. Die Verbände haben diese Entwicklung nicht theologisch begleitet und beharren auf archaischen, religiösen Vorstellungen und bilden das Haupthindernis für die Integration der Muslime.“

Ralph Ghadban

Islamwissenschaftler und Mitglied der Islamkonferenz (2006 bis 2008)

Wer bestimmt den Islam in Deutschland?

Seit knapp 60 Jahren leben in Deutschland Arbeitsmigrant*innen. Zu Beginn der Anwerbung, aber auch in den folgenden Jahren war die Religion der Gastarbeiter*innen aus der Türkei, Tunesien und Marokko kein Thema. Niemand sprach davon, dass sie aus „muslimischen“ Ländern stammten; niemand bezeichnete diese Menschen als Muslime oder Musliminnen. Auch die Angeworbenen spielten ihre Religion nicht in den Vordergrund; niemand verlangte Gebetsräume oder „Halal“-Kantinen. Niemand kam auf die Idee, während der Arbeitszeit aufzustehen, um den „religiösen Bedürfnissen“ nachzugehen. So etwas spielte auch in der Arbeitswelt ihrer Herkunftsländer keine Rolle. Diese Tatsachen sollten ins kollektive Gedächtnis gerufen werden, wenn heute in der Öffentlichkeit ein Bild der Arbeitsmigrant*innen und ihrer Nachkommen aus mehrheitlich muslimischen Ländern gezeichnet wird, das sich fast nur auf eine bestimmte Religion fokussiert, den Islam. Niemand käme auf die Idee, Italiener*innen, Pol*innen oder Kroat*innen über den

Katholizismus zu definieren. Sie – wir – alle, die irgendeinen kulturellen Berührungspunkt zum Islam haben, haben in den letzten 30 Jahren eine erstaunliche Transformation zu Muslim*innen durchgemacht. Zu verdanken ist diese wundersame Wandlung vor allem den selbst ernannten Vertretern des Islam in Deutschland. Im Zusammenspiel der deutschen Politik und Teilen der Zivilgesellschaft haben sie die Menschen in eine Rolle gedrängt, die sie mehrheitlich nicht haben wollten und wollen.

Die Akteure dieser „gesellschaftlichen Islamisierung“ waren und sind die islamischen Verbände, die sich über die Jahre die Definitionsmacht über den Islam angeeignet und sich gesellschaftlich und politisch zum „Ansprechpartner“ für alle Fragen rund um den Islam etabliert haben. Wenn es um das Thema Islam geht, kommt heute niemand mehr an ihnen vorbei. Sie haben es nicht nur geschafft, neue Identitäten zu konstruieren, sie sorgten auch dafür, dass wir alle als Muslim*innen etikettiert werden. Auch haben sie der Mehrheitsgesellschaft das eigene Weltbild als den „wahren Islam“ aufoktroziert, den es verbindlich für alle Muslim*innen zu leben gilt. Danach gibt der Islam den Takt für das irdische Leben vor, und zwar für alle Muslim*innen. Für diejenigen, die innerhalb dieser geistigen Mauern der Vorschriften leben müssen, bedeutet das Verzicht auf jegliche Freiheiten. Merkwürdig, dass die Mehrheitsgesellschaft, die ansonsten für Individualität und Selbstverwirklichung aller Individuen kämpft, bei den Muslim*innen diese Denkart als gegeben hinnimmt.

Heute hat man mit einem türkisch oder arabisch klingenden Namen in Anwesenheit von Nicht-Muslim*innen kaum eine Alternative zum Falschmachen. Trinkt man ein Glas Wein, wird verschwörerisch zugezwinkert. „Heute schaut Allah wohl nicht zu!“ Trinkt man nichts, wird ebenso verschwörerisch zugezwinkert. „Verstehe, muslimische Frau!“

Konfrontiert man diese gutmeinenden Menschen mit der Tatsache, dass sie das Weltbild von Muslim*innen übernommen haben, die dem konservativ bis fundamentalistischen Spektrum zuzurechnen sind, gibt es sofort Protest. „Wieso Fundamentalisten“, heißt es dann, „unter einem Fundamentalisten stelle ich mir etwas Anderes vor!“ Genau das ist das Problem. Unter einem Fundamentalisten stellt man sich in Deutschland einen bärtigen Mann mit Turban vor, der gewalttätig unterwegs ist. Wenn es doch so einfach wäre! Längst nicht alle Fundamentalisten sind gewalttätig und einen Turban tragen auch die wenigsten.

Der konservative Islam und seine theologischen Grundlagen

Der konservativ bis fundamentalistische Islam ist theologisch dadurch definiert, dass Koran und Sunna wortwörtlich zu verstehen sind und für alle Zeit als unveränderbar gelten. Der Koran und das Vorbild des Propheten bestimmen alles: das private, das gesellschaftliche und das politische Leben.

Ein Beispiel: Nach unerträglichen antisemitischen Vorfällen in Frankreich verfasste Philippe Val im April 2018 ein Manifest, in dem verlangt wird, dass der Islam in Frankreich eine Reform bezüglich der Suren voranbringt, die antisemitisch sind. „Darum fordern wir, dass die Verse des Korans, die zu Mord und Bestrafung der Juden, der Christen und der Ungläubigen aufrufen, von den theologischen Autoritäten als überholt verworfen werden (...) damit sich kein Gläubiger auf heilige Texte stützen kann, um seine Verbrechen zu begründen. Wir erwarten vom Islam in Frankreich, dass er den Weg öffnet.“¹

Wie lautete der Kommentar des türkischen Präsidiums für Religionsangelegenheiten (Diyanet) zum Manifest? „Nach dem gemeinsamen Glauben aller Muslime ohne Ausnahme ist der heilige Koran das letzte Buch, das von Gott offenbart worden ist. Dieses heilige Buch hat es bis heute geschafft, ohne dass ein Jota verändert worden ist und bis zum jüngsten Tag wird sich nichts ändern und geändert werden.“²

Die islamischen Verbände

Die Dependance der Diyanet, des türkischen Präsidiums für Religionsangelegenheiten, ist in Deutschland die 1984 gegründete Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib). Nach eigenen Angaben vertritt der Verband 969 Moscheevereine in Deutschland und ist damit der größte und mitgliederstärkste islamische Verband. Diyanet ist inzwischen direkt dem türkischen Präsidenten untergeordnet und ihr Vorsitzender, Ali Erbaş, spielt in der türkischen Politik eine herausragende Rolle. Wie politisch Ditib im Sinne der Erdoğan-Regierung agiert, konnte man nach dem sogenannten Putschversuch Juli 2016 auch in Deutschland erleben. Auch in Deutschland setzte auf die Fetullah-Gülen-Bewegung, die

1 <http://www.leparisien.fr/societe/manifeste-contre-le-nouvel-antisemitisme-21-04-2018-7676787.php>

2 Stellungnahme der türkisch-staatlichen Religionsbehörde am 7. Mai 2018

Erdoğan für diesen Putschversuch verantwortlich machte, eine Hexenjagd ein, bei der nach Berichten der Zeitungen „die Welt“ und „Cumhuriyet“ Ditib-Imame als Spitzel eingesetzt wurden, um in den Gemeinden „FETÖ-Anhänger“ zu identifizieren und an die Konsulate zu melden.³

Ein großer islamischer Verband ist auch der 1986 gegründete Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD) mit über 400 Moscheevereinen, der von der islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) dominiert wird.

Friedman Eißler (Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen) schreibt dazu: „Ideologische Differenzen sind inzwischen völlig abgeschmolzen. Wenn von der „Erdoğanisierung“ der Türkei die Rede ist, so ist damit zu einem nicht unerheblichen Anteil die Bedeutungszunahme der Religion im Blick, und zwar in der Form, wie sie die Millî Görüş Bewegung immer intendierte. Die Diyanet ist dabei eine wichtige Schaltstelle im Machtapparat. So betrachtet kann es nicht verwundern, dass wir auch in Deutschland seit Jahren eine Annäherung zwischen der teilweise als islamistisch eingestuften Millî Görüş (IGMG) und der staatsnahen Ditib beobachten, unterstützt von der türkischen Regierung, die auf eine Vereinheitlichung der Organisationslandschaft in Deutschland zu drängen scheint. Schon 2003 rief die AKP die türkischen Botschaften in Europa dazu auf, künftig Millî Görüş zu unterstützen.“⁴

Erdoğan ist ein politischer Ziehsohn vom Millî-Görüş-Gründer Necmettin Erbakan und somit ein autochthoner Millî-Görüş-Mann. Auch wenn er zwischenzeitlich behauptete, das „Millî-Görüş-Hemd“ ausgezogen zu haben, hat seine Politik die Nähe zwischen den beiden Verbänden nie leugnen können.

Bereits 1973 wurde der dritte türkische Verband, der Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ), mit 300 Gemeinden gegründet.

Wie Prof. Mouhanad Khorchide bei einer Veranstaltung in Frankfurt bestätigte, „unterscheiden sich die drei türkischen Verbände – Ditib, Islamrat und VIKZ – auch theologisch überhaupt nicht voneinan-

3 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/volker-beck-zeigt-imame-der-ditib-wegen-spionage-verdacht-an-a-1126240.html>

4 Friedman Eißler, in: Zeitschrift für Religions- und Weltanschauungsfragen 6/18, New York, 2010, S. 152

der.“⁴⁵ Da nach dem konservativen Islamverständnis die Religion die Grundlage jeden Handelns ist, sollten sich die islamischen Verbände folglich auch weltanschaulich und politisch nicht unbedingt sehr voneinander unterscheiden.

Erdoğan und seiner Politik kommen dabei eine Schlüsselrolle zu. Die Türkei, jahrzehntelang ein Land mit hinkendem Laizismus, steuert auf eine Diktatur mit islamistischem Selbstverständnis zu und erhofft sich eine Führungsrolle in der islamischen Welt – von Bosnien bis nach Afghanistan. Die jüngsten Äußerungen Erdoğan's „die Türkei hätte keine Gegensätzlichkeit mit dem Glauben der Taliban“⁴⁶ hat zwar unter den Säkularen in der Türkei regen Widerspruch ausgelöst, zeigt aber sehr deutlich die grundsätzliche theologische Haltung Erdoğan's. Da stellt sich die Frage, wie sich diese Einstellung über die Verbände auf die Gläubigen in Deutschland auswirken wird.

Denn gerade Erdoğan's politisches Vorgehen, das in seinen grundsätzlichen Leitlinien vom orthodoxen sunnitischen Islam bestimmt wird (wobei wir somit beim politischen Islam oder Islamismus wären), hat großen Einfluss in Deutschland. Von den circa 2.000 Moscheevereinen der vier großen Islamverbände sind circa 1.600 dem türkisch-islamischen Milieu zuzurechnen, darunter auch die 123 Moscheevereine der Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V. (ATİB), eine Vertreterin der sogenannten „türkisch-islamischen Synthese“. ATİB ist Mitglied beim Zentralrat der Muslime.

Obwohl der 1994 gegründete Zentralrat der Muslime (ZMD), der kleinste der vier großen islamischen Verbände, sich als der Verband für deutsche Islamorganisationen versteht, ist ATİB die größte Organisation unter seinem Dach. Guido Steinberg nennt den ZMD „eine Vereinigung syrischer und ägyptischer Muslimbrüder in Deutschland.“⁴⁷ Tatsächlich gibt es unter den 22 Organisationen, die sich beim ZMD zusammengefunden haben, einige, über deren Vorstellung von Rechtsstaatlichkeit trefflich gestritten werden könnte, wie z.B. die Islamische Gemeinschaft Deutschland (IGD).

5 Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung: Der deutsche Islam im Wandel, 14.06. 2018, Frankfurt/Main

6 <https://www.cumhuriyet.com.tr/haber/erdoganin-turkiyenin-talibanin-inanciy-la-alakali-ters-bir-yani-yok-sozlerine-tepki-yagdi-seriat-devleti-mi-olduk-1854110>

7 Guido Steinberg: The Muslim Brotherhood in Germany, in Barry Rubin (Hrsg.): The Muslim Brotherhood - The Organization and Politics of a Global Islamist Movement,

Die säkulare Demokratie

Säkularität, die Trennung von Religion und Politik, ist das Rückgrat einer funktionierenden Demokratie. Erst mit der Säkularität ist die Implementierung von Freiheitsrechten möglich. Dazu zählen sowohl Meinungs- und Pressefreiheit als auch die positive und negative Religionsfreiheit. Das heißt, alle Bürger*innen haben die Möglichkeit einer freien Religionsausübung, können aber jegliche Religion und Religiosität ablehnen und sich als Atheist*innen outen. Die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern und die Gleichstellung von Nicht-Heterosexuellen ist erst in einem Staat ohne Religion möglich, d.h. der Staat ist religiös-weltanschaulich neutral. Das ist das Gegenteil einer Gesellschaftsform, die von der Religion bestimmt wird.

Konservative Muslim*innen haben ihre Not mit der Akzeptanz der Säkularität, weil sie letztendlich eine Gesellschaft anstreben, die den Koran zur Grundlage nimmt. Gleichzeitig wabern in den islamischen Communitys immer wieder Gerüchte, Säkularität sei staatlich verordneter Atheismus, die Säkularen würden den Koran zerreißen, mit den Füßen treten oder in die Toilette werfen. So spielt man mit den Ängsten einfacher Menschen und will unterstreichen, dass Säkularität und Islam nicht koexistieren können. Eine Haltung, die inzwischen in Deutschland auch auf wissenschaftlicher Ebene diskutiert wird. Können Muslim*innen ihren Glauben mit der Säkularität vereinbaren?

In dieser Frage schreibt Bülent Uçar, Professor für Religionspädagogik in Osnabrück, in seinem Beitrag „Islam und Verfassungsstaat vor dem Hintergrund der Scharia-Regelungen“: „Als ganzheitliche Religion sieht der Islam keine prinzipielle Trennung der unterschiedlichen Sphären des menschlichen Lebens in das Religiöse und das Weltliche vor. Die Welt stellt das Saatfeld für das Jenseits dar, ist eins und lässt sich nicht ohne weiteres künstlich in zwei verschiedene Bereiche aufteilen (...). Bekennende Muslime können folglich ihren Glauben im Leben nicht hintenanstellen oder gar verheimlichen, auch und besonders nicht zugunsten eines säkularen, Religion nivellierenden Umgangs miteinander. (...) Diese ungünstige Verwicklung von Staat und Religion und das damit verbundene islamische Unbehagen gegenüber einer Trennung von Religion und Staat wird schwer zu lösen sein.“⁸

8 Bülent Uçar: Islam und Verfassungsstaat vor dem Hintergrund der Scharia-Regelungen. In: Lothar Häberle(Hrsg.): Islam-Säkularismus-Religionsrecht, Aspekte und Gefährdung der Religionsfreiheit. Berlin/Heidelberg 2012, S.27

Letztlich weist Uçar die Regeln des Rechtsstaats zugunsten eines religiösen Staatsverständnisses für die Muslim*innen zurück und ist anscheinend der Meinung, dass sich diese nicht an die Regeln des säkularen Staates halten müssen.

Nichts gegen den persönlichen Glauben eines Hochschullehrers, aber solche Aussagen sind erklärungsbedürftig, denn die Säkularität garantiert – neben den oben beschriebenen Punkten der Gleichstellung – auch die Gleichstellung aller Bürger*innen vor dem Gesetz. Es stellt sich auch sofort die Frage, inwieweit solche Feststellungen von den Verbänden aufgenommen und in diesem Sinne verwendet werden? Es gibt aber keine Gesetzgebung für einzelne Religionsgruppen wie im osmanischen Staat und es soll sie auch nicht geben. Staatliche Institutionen und gesellschaftliche Gruppierungen müssen darauf beharren, dass nicht irgendwann islamische Zivilgerichte durch die Hintertüren bestimmter Moscheevereine eingeführt werden. Die gemeinsame Gesetzgebung ist ein wichtiges Fundament eines funktionierenden Staates.

Die Kirchen als Vorbild für die Organisation des Islams in Deutschland?

Der Islam ist eine Religion, die keine Hierarchien kennt und keine Vermittler zwischen Gott und Mensch. Hierzu die Publizistin Ayşe Sucu: „Die Bezeichnung ‚Religiöser Führer‘ ist eine politische Bezeichnung. Im Islam ist Gott der Ansprechpartner eines jeden Gläubigen.“⁹

Festzuhalten ist, dass der Islam eine nicht organisierte Religion ist und als solche eine höchst private Religionsausübung ermöglicht. Festzuhalten ist aber auch, dass der Islam immer dann politisch wurde, wenn er sich organisiert hat oder angehalten wurde, sich zu organisieren.

So gesehen war der Vorstoß der Bundesregierung, die Organisation der vier großen Verbände voranzutreiben, die sich dann 2007 zum „Koordinationsrat der Muslime“ zusammenschlossen, eine Teilnahme für den konservativen Islam. Denn es war und ist bekannt, dass alle vier Verbände aus dem konservativen Islamverständnis kommen, das qua theologischer Definition eine offene Flanke hat zum politischen Islam. Weiterhin pflegen die Verbände beste Kontak-

te in die islamischen Länder mit einem konservativen Islamverständnis. Nach ihren Vorstellungen gibt es nur den einen Islam, und das ist der von ihnen praktizierte. Im Verbund als Koordinationsrat der Muslime begreifen sie sich als Repräsentanten aller Muslim*innen und werden auch gerade von der Politik als solche behandelt. Sie bestimmen beispielsweise als Partner der Landesregierungen den islamischen Bekenntnisunterricht mit und legen somit den Grundstein zur religiösen Erziehung der Kinder. In ihren Kontakten zu den Kirchen und in der Zivilgesellschaft haben sie die Macht, alle anderen Formen des Islam auszublenden. Kleine islamische Gruppierungen, die sich als „liberale oder reformierte Muslim*innen“ verstehen, werden von ihnen bestenfalls ignoriert. Dabei werden die Funktionäre der Verbände nicht müde, sich zum Verfassungsstaat und zur Demokratie zu bekennen. Ob sie dies auch mit ihrem konservativen Islamverständnis vereinbaren können, sei dahingestellt.

Braucht Deutschland eine andere Religionspolitik bezüglich des Islam?

Die Ignoranz, mit der in Deutschland die Vielfalt des Islam übersehen wird, ist erschreckend. Deutschland muss bezüglich des Islam, gerade im Sinne einer Äquidistanz, mit einer anderen Religionspolitik beginnen. Das heißt, dass die religionsfreundliche Politik in diesem Land allen islamischen Richtungen gleichermaßen zugutekommen sollte. Die einseitige Parteilichkeit für die Verbände – mit der Argumentation, sie seien die mitgliederstärksten – ist nicht zielführend. Denn damit wird den Verbänden eine Vorzugsrolle angeboten, die ihnen die Möglichkeit eröffnet, ihre Position und ihr Islamverständnis zu zementieren. Die heutige Politik wird den vielen Gesichtern des Islam nicht gerecht.



Lale Akgün (* 1953) ist eine deutsche Politikerin (SPD). Akgün gehört zum Kreis der Bundessprecher des Netzwerks „Säkulare Sozialdemokrat_innen für säkulare Religions- und Weltanschauungspolitik“ und ist Gründungsmitglied des Bundesnetzwerkes „Säkularer Islam“.

Kinder- und Jugendarbeit in muslimischer Trägerschaft?

von Yeşim Eraslan

„Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“

(Jugendhilfegesetz/SGB VIII)

Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland ist ein klassisches Tätigkeitsfeld der Sozialen Arbeit und bietet jungen Menschen, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit, vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und Bildung. Das Prinzip der Freiwilligkeit ist oberste Prämisse der Kinder- und Jugendarbeit. Sie setzt Verbindlichkeit und die Bereitschaft, sich auf längerfristige Angebote einzulassen, voraus und ist eine Aufgabe der Jugendhilfe, die bundesweit rechtlich im Sozialgesetzbuch verankert ist. Daraus legitimiert sich eine muslimische Jugendarbeit, deren Ansatz auf Ressourcenorientierung, Selbstreflexion und eigenständiges Handeln ausgerichtet ist.

Raum schaffen für eine individuelle religiöse Identitätsfindung

Insbesondere für junge Menschen spielen Identität und die Gewissheit von Anerkennung und Chancengleichheit eine erhebliche Rolle. Ziel einer gelungenen muslimischen Jugendarbeit sollte es in diesem Zusammenhang sein, Raum für individuelle religiöse Identitätsfindung zu geben, junge Menschen somit in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen und sie zur Teilhabe an einer demokratischen, freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft zu befähigen. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass religiöse Bildung kein Teil der Jugendarbeit gemäß Sozialgesetzbuch ist.

Die muslimische Organisationslandschaft in Deutschland übernimmt, in einem oft semiprofessionellen Kontext, eine Vielzahl sozialer Angebote für muslimische Jugendliche. Hierunter fallen diverse Bildungsangebote, Freizeitaktivitäten, Projekte gegen Diskriminierung und Präventionsarbeit im Feld der religiös begründeten Radikalisierung. Ein entscheidender Teil dieser Organisationen wird vom Ausland finanziert und stellt eine Vertretung des politischen Islam dar. Ziel hierbei ist es, in der deutschen Politik aktive Posten durch Landsleute zu besetzen, um durch Einfluss Wirkung erzielen zu können.

Es ist daher grotesk zu glauben, dass vom Ausland gesteuerte muslimische Organisationen, insbesondere in der Jugendhilfe, verlässliche Kooperationspartner darstellen. Die fehlende politische Unabhängigkeit vom Ausland stellt vielmehr eine Gefahr für die hiesige Demokratie dar und sorgt für Selbstausgrenzung und Parallelgesellschaften. Die Länder sind daher aufgefordert, die vom Ausland geplante Unterwanderung nicht zu unterschätzen und alle diesen Organisationen zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel umgehend einzustellen. Ethnozentrismus, Antisemitismus, das Leugnen des Genozids an den Armenier_innen, Homophobie sowie Gewalt gegenüber Frauen und Zwangsheirat spielen innerhalb der organisierten islamischen Community weiterhin eine erhebliche Rolle, die keineswegs unterschätzt werden darf. Wer hier aufseiten etablierter zivilgesellschaftlicher bzw. staatlicher Institutionen falsche Toleranz lebt, sich einschüchtern lässt und unkritische Dialoge führt, legitimiert sein Gegenüber.

Um junge Musliminnen und Muslime entsprechend fördern und unterstützen zu können, ist es daher wichtig, dass Jugendarbeit für diese Zielgruppe nicht Organisationen überlassen wird, deren Werte mit dem Grundgesetz nicht konform sind und die dazu dienen, Religion zu instrumentalisieren, um Integration zu sabotieren.

Eine explizite Recherche und daraus folgende Skepsis gegenüber islamischen Organisationen sind keineswegs mit Islamfeindlichkeit gleichzusetzen. Vielmehr stellen sie eine Notwendigkeit und eine Basis für ein gelingendes Zusammenleben dar. Schwierigkeiten klar zu benennen, ist ein wichtiger Faktor, um sich Herausforderungen ernsthaft annehmen zu können. In diesem Zusammenhang gilt es, sich durch mögliche Rassismuskritik nicht einschüchtern zu lassen. Sachliche Kritik ist nicht nur ein demo-

kratisches Recht, sondern sollte auch als demokratische Pflicht verstanden werden.

Öffentliche Debatten zu den Themenbereichen Demokratie, religiöser Extremismus, Religionsfeindlichkeit und Rassismus sind zunehmend schärfer geworden. Der Zugang zu Religion oder politischen Strömungen ist über die Medien relativ einfach. Jugendliche werden in ihrem Alltag dadurch häufig mit diesen anspruchsvollen Themen konfrontiert und stehen somit oft vor einer Herausforderung.

Jugendverbandsarbeit auf selbstverantwortlicher Basis

Eine Alternative zu islamischen Organisationen, die lediglich eine Auslandsdependance darstellen, könnten verbandsunabhängige muslimische Jugendorganisationen in Deutschland sein, in deren Konzeption Religion die Rolle einer geteilten Identität einnimmt, statt junge Menschen zu indoktrinieren. Eine gezielte Auseinandersetzung mit deren Handlungsfeldern erscheint in diesem Kontext sinnvoll. Insbesondere geht es um die Erkundung von Prinzipien, Werten und Haltungen in der Jugendverbandsarbeit.

Hierbei könnten folgende Fragestellungen dienlich sein: Ist die Jugendverbandsarbeit auf Dauer und nachhaltig angelegt? Fungiert sie auf selbstbestimmter, selbstgestalteter und selbstverantworteter Basis? Stellt die Jugendverbandsarbeit einen Lernort für demokratische Prozesse dar und ist sie strukturell auf Partizipation ausgerichtet? Wie werden außerschulische Jugendbildung und Freizeitangebote in der Praxis gestaltet?

Dialogräume schaffen – voneinander lernen

Zur Reflexion gesellschaftsrelevanter Themen und deren Bewältigung sind die Öffnung von Dialogräumen und vor allem das Schaffen von Begegnungen auf Augenhöhe sowie eine professionelle pädagogische Begleitung erforderlich. Die Grundidee in diesem Zusammenhang ist es, nicht nur über-, sondern auch voneinander lernen zu können, um mitunter auch Vorurteile zu hinterfragen. Dialogerfahrungen und Vernetzung können Intoleranz bekämpfen und einen wichtigen Beitrag zur Friedensförderung leisten.

Zur Umsetzung einer adäquaten muslimischen Jugendarbeit stellen insbesondere kommunale Strukturen, außerhalb religiöser Institutionen, eine Möglichkeit dar. Es gilt bereits bestehende

Strukturen zu öffnen, barrierefrei durch Antirassismuserbeit zu machen und zu eruieren, wie eine nachhaltige Etablierung von Angeboten gelingen kann, um pädagogische und religionssensible Räume für Jugendliche schaffen zu können.



Yeşim Eraslan (1982) hat Soziale Arbeit und Sozialpädagogik studiert und arbeitet beim Jugendamt der Stadt Hamburg. Zuvor war sie viele Jahre als sozialpädagogische Familienhelferin und in einer Wohngruppe für Kinder tätig. Yeşim Eraslan war seit ihrer Jugend ehrenamtlich für den BDAJ und die alevitische Gemeinde aktiv.*

Keine Aufklärung ohne (Selbst)kritik

von Mouhanad Khorchide

Bei der Eröffnung unseres Zentrums für Islamische Theologie an der Universität Münster Ende Oktober 2012 sagte Professor Mahmoud Azab, Chefberater des Großscheichs der Kairoer Al-Azhar-Universität Ahmed Al-Tayyeb, in seiner offiziellen Rede: „Wir benötigen heute dringend eine innerislamische Reform, in der viele theologische Positionen kritisch hinterfragt werden. Diese Reform wird aber nicht von der islamischen Welt kommen, sondern von in Europa lebenden muslimischen TheologInnen. Denn Ihr genießt die Freiheit, Dinge zu reflektieren, kritisch zu hinterfragen und zu sagen, die wir bei uns nicht sagen können. Wir brauchen euch mehr als ihr uns. Nutzt eure Chance und vergesst uns nicht.“ Der inzwischen verstorbene Azab wiederholte diesen Appell in einigen unserer Gespräche. Reform im Sinne eines kritischen Hinterfragens einiger längst etablierter religiöser Positionen setzt nicht nur die notwendige theologische Expertise voraus, sondern auch viel Selbstbewusstsein und Mut. Reaktionäre Kräfte innerhalb aller Religionen und Weltanschauungen wehren sich jedoch gegen Reformen. Im Islam ist das nicht anders. Daher wundert es nicht, dass gerade innerislamisch jene Stimmen laut sind, die Reformen und Reformen*innen ablehnen und sie zu Häretiker*innen erklären. Und um sich gegen jegliche Kritik zu immunisieren und Kritiker*innen mundtot zu machen, missbrauchen diese Reaktionär*innen sowie Islamist*innen Begriffe wie „antimuslimischer Rassismus“ oder „Islamophobie“, um zu suggerieren, dass jegliche, auch berechtigte, Kritik eine Form der Diskriminierung sei. Daher werden auch reformorientierte Muslim*innen von Islamist*innen als islamophob denunziert. Dadurch versuchen Islamist*innen, sich möglichst viel Freiraum zu schaffen, um innermuslimische Reformen zu verhindern. Damit will ich kei-

neswegs sagen, dass es keine Diskriminierung gegen Musliminnen und Muslime gibt, aber es steckt nicht überall dort, wo „antimuslimischer Rassismus“ oder „Islamophobie“ steht, wirklich Rassismus oder Diskriminierung dahinter. Der inflationäre Gebrauch solcher Begriffe heute ist irritierend und soll die Tabuisierung von jeglicher, auch innerislamischer, Form der kritischen Auseinandersetzung mit problematischen bzw. überholten Positionen im Islam unterbinden. Darauf dürfen weder die Politik noch die Zivilgesellschaft bzw. die Medien hereinfließen. Höchst irritierend ist es allerdings, wenn islamistische und reaktionäre Kräfte ausgerechnet bei Politiker*innen, Kirchenvertreter*innen, Intellektuellen, Journalist*innen, Universitätsprofessor*innen und weiteren Akteur*innen in unserer Gesellschaft Unterstützung finden – und zwar unter dem Label „Solidarität mit den bei uns benachteiligten Muslimen.“ Die meist gut gemeinte Assoziation der Muslim*innen als Opferkollektiv macht nicht nur auf einem Auge blind, sie ist sogar höchst diskriminierend. Einer innerislamischen Aufklärung ist nicht geholfen, wenn man uns Muslim*innen wie unmündige und emotional unreife Kreaturen behandelt, die man vor jeglicher Form der Kritik schützen muss, um sie ja nicht zu kränken. Man stigmatisiert Muslime und Musliminnen zu Opfern und versucht, Mauern um sie herum zu bauen, weil man meint, sie von jeglicher Kritik fernhalten zu müssen. Und wer freut sich darüber? Die Identitären auf beiden Seiten: Islamist*innen und Reaktionär*innen auf der einen Seite und Rechtspopulist*innen auf der anderen Seite. Erstere fühlen sich so gegen Kritik immunisiert und Letztere freuen sich auf die nun geschützten Missstände bei Muslim*innen und über die ihnen geschenkte Monopolstellung, allein über diese zu reden und sich dadurch in ihrer behaupteten Rolle als Anwälte des Abendlandes zu profilieren.

Daher muss der Appell der beiden christlichen Theologen Ulrich Körtner und Jan-Heiner Tück in einem Gastbeitrag für die Neue Zürcher Zeitung¹ dringend ernst genommen werden. Beide rufen zu einem offenen und sachlichen Diskurs über den politischen Islam jenseits von Opfererzählungen auf. Sie wollen, dass auch Probleme innerhalb des islamischen Spektrums benannt und angegangen werden. Und auch ihre Kritik an christlichen Vertreter*innen, die die Rede vom politischen Islam gänzlich ablehnen, muss ernst

1 <https://www.nzz.ch/feuilleton/nach-dem-attentat-in-wien-die-probleme-muessen-benannt-werden-ld.1585537?reduced=true> (02.11.2021)

genommen werden. „Was wir jetzt brauchen, ist ein redlicher, von wechselseitigem Vertrauen wie von wechselseitiger Bereitschaft zur Selbstkritik getragener Diskurs über Erscheinungsformen, Ambivalenzen und Gefahren von politischer Religion im Allgemeinen wie einem politischen Islam im Besonderen.“ Die Probleme müssten offen angesprochen werden - ein „muslimisches Opfernarrativ“, welches in jeder Kritik gleich einen „antiislamischen Rassismus“ oder „Islamophobie“ erkenne, führe ebenso wenig weiter wie christliche Stimmen, „die schon den Begriff des politischen Islams für denunziatorisch halten und sich dadurch mit den reaktionären und fundamentalistischen Kräften innerhalb des Islams solidarisieren, statt die Zusammenarbeit vornehmlich mit jenen Musliminnen und Muslimen zu suchen, die für einen reformorientierten, liberalen Islam eintreten und dabei auch vor muslimisch motivierter Islamkritik nicht zurückscheuen“. Beide, Tüch und Körtner, mussten für diese Aussagen viel Kritik einstecken, was sehr alarmierend für unsere Gesellschaft ist. Rechtspopulist*innen und Islamist*innen setzen sich offensichtlich immer mehr durch. Die geistigen Ränder wachsen, während eine gesunde Mitte, die die Debatte entspannt und sachlich führt, immer kleiner wird. Eine Täter-Opfer-Rhetorik scheint sich endgültig durchgesetzt zu haben. Wagt man es, wie Tüch und Körtner, Kritik zu äußern, wird man schnell den Tätern zugeordnet und muss sich rechtfertigen und erklären, dass man weder Rassist*in noch Islamhasser*in ist. Bemitleidet man hingegen die Musliminnen und Muslime als Opferkollektiv, dann ist das politisch korrekt. Probleme bei den Muslim*innen gehören demnach nicht angesprochen, weder durch Muslim*innen selbst noch durch Nichtmuslim*innen. Islamist*innen profitieren von dieser Selbstimmunisierung gegen jegliche Form der Kritik, während Politiker*innen, Intellektuelle, Kirchenvertreter*innen und Journalist*innen sich lieber in Selbstzensur üben, um sich den Vorwurf der Islamophobie bzw. des antimuslimischen Rassismus zu ersparen. Diese alarmierende Entwicklung, die jede Form von Kritik tabuisiert, ist ein Haupthindernis einer innerislamischen Reform. Darin liegt die eigentliche und langfristige Diskriminierung der Muslim*innen, die sie daran hindert, Probleme und Herausforderungen zu benennen und sich diesen zu stellen.

Ich richte einen Appell an all diejenigen, die ihren (europäischen wie nichteuropäischen) Gesellschaften Aufklärung, Demokratie,

Menschenrechte, Freiheit des Individuums gönnen, gleichzeitig aber Muslime und Musliminnen zu Opfern stigmatisieren und dadurch Islamist*innen, die all diese Errungenschaften der Moderne für den Islam ablehnen, bewusst oder unbewusst unterstützen. Es ist kein Zeichen der Toleranz und Anerkennung, wenn man Muslim*innen abspricht, in der Lage zu sein, konstruktiv mit Kritik umzugehen. Es ist kein Zeichen der Toleranz und Anerkennung, wenn man Applaus von den Reaktionär*innen und Islamist*innen bekommt. Auch wenn viele es gut mit uns Muslim*innen meinen, aber deshalb in uns nur zu bemitleidende Opfer sehen: Sie müssen verstehen, dass die Muslim*innen heute dringend mutige und kritische Selbstreflexionen benötigen. Ja, es gibt Muslime und Musliminnen, die ein Problem mit der Anerkennung von Vielfalt haben, mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau, mit der Anerkennung innerislamischer Vielfalt, mit der Anerkennung der Rechte von Minderheiten, mit Meinungsfreiheit, mit dem Menschenbild als selbstbestimmtes Subjekt, mit einer historisch-kritischen Lesart des Korans, mit dem endgültigen Abschied von allen Gewaltkategorien im Namen des Islams und vielem mehr. Über diese und viele weitere sowohl die Gesellschaft als auch das Individuum sowie die Theologie selbst betreffenden Themen muss geredet, diskutiert und gestritten werden. Wer Muslim*innen Anerkennung und Wertschätzung zeigen will, muss es ihnen ermöglichen, sich all diesen Fragen und Herausforderungen zu stellen.

Diejenigen, die meinen, Musliminnen und Muslime vor jeglicher Form der kritischen Auseinandersetzung mit sich selbst schützen zu müssen, frage ich: Bitte gönnen Sie uns Muslim*innen unseren Kampf um Reform und Aufklärung. Gönnen Sie uns Reibungsflächen, entlang derer wir unsere religiösen Inhalte, Positionen, Argumente und Gegenargumente aushandeln können. Fordern Sie uns Muslim*innen durch kritische Anfragen und Rückfragen heraus! Halten Sie uns ruhig den Spiegel vor! Konfrontieren Sie uns mit unseren Fehlern! Nein, das ist kein Rassismus! Fallen Sie nicht auf diese emotionale Erpressung von Islamisten herein! Das ist viel mehr ein Zeichen dafür, dass Sie uns ernst nehmen, wertschätzen und würdigen, solange Sie keine ausgrenzende oder abwertende Sprache verwenden! Lassen Sie sich von den Rechten und den eigentlichen Islamhasser*innen nicht diktieren, wie Sie mit Muslim*innen umzugehen haben. Wenn Sie sich selbst mundtot machen aus

Angst, die Rechten und Islamhasser*innen würden von Kritik gegen Muslim*innen profitieren, dann haben diese das letzte Wort gesprochen. Wer aber Musliminnen und Muslimen hilft, Missstände zu beseitigen, indem er Probleme benennt, der nimmt den Rechten und den Islamhasser*innen den Wind aus den Segeln. Und wenn Sie Reformkräfte innerhalb des Islams nicht unterstützen wollen, dann stehen Sie diesen zumindest nicht im Wege und gönnen Sie dem Islam seine Aufklärung!



Prof. Dr. Mouhanad Khorchide (1971 in Beirut) ist seit 2010 Professor für Islamische Religionspädagogik und seit 2011 Leiter des Zentrums für Islamische Theologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU). Er ist Principal Investigator und Vorstandsmitglied des Exzellenzclusters „Religion und Politik. Dynamiken von Tradition und Innovation“ der WWU. Seit 2020 ist er Leiter des wissenschaftlichen Beirats der Dokumentationsstelle Politischer Islam (Österreich). Außerdem ist Mouhanad Khorchide Gründungsmitglied des 2015 gegründeten Muslimischen Forums Deutschland und der 2019 gegründeten Muslimischen Gemeinschaft NRW.*

Gut gemeint, aber gefährlich: Bündnisse mit islamistischen Organisationen

von Efsun Kızılay

Wie kann es sein, dass immer mehr zivilgesellschaftliche Organisationen unterschiedlichster Couleur, auch linke/progressive Bündnisse, Kooperationen mit islamistischen Organisationen eingehen – insbesondere bei den Themen antirassistische Arbeit, Flucht/Asyl oder interreligiöser Dialog?

Zunächst müssen wir festhalten, dass auch im Bereich der islamischen Vereine und Verbände unterschiedliche Verbandstrukturen vorhanden sind. Es gibt liberale muslimische Organisationen, Frauenorganisationen, die sich als muslimische Feminist*innen bezeichnen, Verbände, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung einsetzen. Aber es gibt auch Verbände, die dem islamistischen Spektrum angehören und mit ihrer Ideologie, ihren Strukturen und ihrem Auftreten eine Gefahr für diejenigen darstellen, die nicht in ein islamistisches Weltbild passen. Hierzu gehören vor allem Minderheiten heterodoxer Glaubensgemeinschaften wie Alevit*innen oder Ezid*innen, Minderheiten anderer Ethnien wie Armenier*innen, aber auch weitere Vertreter*innen einer pluralistischen Gemeinschaft wie Feminist*innen und queere Personen.

Bündnisse mit Organisationen aus dem islamistischen Spektrum kommen zustande, wenn man das Potenzial dieser Organisationen und die von ihnen ausgehende Gefahr unterschätzt, sich nicht gut mit ihren Strukturen und Ideologien auskennt und keine Differenzierung hinsichtlich muslimischer Verbände vornimmt. Hier gilt es genau hinzuschauen, wenn Kooperations- oder Bündnispartner*innen gesucht werden. Viele sagen im Nachhinein, dass sie nicht genau wussten, mit wem sie zusammengearbeitet haben,

aber Unwissenheit kann kein Argument sein. Es erfordert eine intensive Auseinandersetzung mit den jeweiligen Strukturen und ihren Positionierungen. Erst dann sollte eruiert werden, ob ein Bündnis in Frage kommt und ob es mit den eigenen politischen Zielen konform ist.

Kooperationen geschehen auf allen Ebenen

Bündnisse solcher Art können auf verschiedenen Ebenen entstehen. Es gibt lokale Organisationen, aber auch bundesweite. Die meisten Verbände sind in Dachverbänden organisiert und gelegentlich gibt es Zusammenarbeiten mit jenen, in denen auch islamistische Organisationen Mitglied sind. Dabei wird nicht selten das Argument angeführt, dass man nicht den kompletten Dachverband wegen einer oder zwei seiner Organisationen verteufeln sollte. Diese Dachverbände gelten dann als Gesprächspartner, obwohl es in ihren Strukturen auch islamistische Verbände gibt. So stellt sich auch die Frage, wie verlässlich dieser Gesprächspartner sein kann, wenn er kein Problem mit derartigen Strukturen hat und sie zu einem Teil von sich macht.

Zum Beispiel gibt es einige Akteur*innen, auch leider von linker Seite, die eine Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Muslime befürworten. In diesem sind zahlreiche muslimische Verbände vertreten, unter ihnen auch einige höchst problematische wie z.B. ATİB (Avrupa Türk-İslam Birliği - „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“), welche aus den rechtsextremen Grauen Wölfen hervorgegangen ist. Auch heute noch propagiert ATİB eine islamistisch-nationalistische Ideologie in den eigenen Vereinen. Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, dass man mit solchen Strukturen nicht zusammenarbeitet. So lange der Zentralrat der Muslime Verbände wie diesen in den eigenen Strukturen duldet, disqualifiziert er sich als möglicher Bündnispartner und sollte auch dementsprechend kritisiert werden. Leider wird dies nicht konsequent umgesetzt und der Zentralrat der Muslime auch weiterhin unhinterfragt als Gesprächspartner zu Veranstaltungen oder Podien eingeladen. Oft wird auch gesagt, „dass man ja mit irgendjemandem zusammenarbeiten müsse.“ Dass dem nicht so sein muss, sehen wir, wenn wir uns die teilweise heterogene Struktur der muslimischen Verbandslandschaft anschauen. Es sollte daher immer genau hingeschaut werden, bevor ein Bündnis geschlossen wird. Nur mit denjenigen Verbänden, die Minderheiten akzeptie-

ren und respektieren, keine reaktionäre Ideologie vertreten und für andere Menschen keine Gefahr darstellen, sollten überhaupt Bündnisgespräche geführt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Zusammenarbeit mit der Türkisch-Islamischen Union Ditib. Diese ist in Nordrhein-Westfalen nach jahrelang ausgesetzter Zusammenarbeit wieder beim islamischen Religionsunterricht (IRU) an Bord. Da die Ditib direkt der türkischen Religionsbehörde Diyanet untersteht, werden hier von staatlicher Seite gefährliche Dynamiken befördert und Verbände zu Partner*innen gemacht, die in ihren Gemeinden die diskriminierende Politik des türkischen Staates hinsichtlich Minderheiten, Frauen und politischer Oppositioneller propagieren. Daher muss auch der deutsche Staat hier genauer hinschauen und sich von Verbänden distanzieren, die mit ihrer Politik und Ideologie eine Gefahr für andere Menschen darstellen und sie zu Zielscheiben machen.

Aber natürlich gibt es auch die Zusammenarbeit auf lokaler und kommunaler Ebene, wenn Parteien oder Bündnisse Kontakte zu islamischen Organisationen suchen, dann aber mit denjenigen kooperieren, die problematische Ansichten vertreten, statt ihren Fokus auf diejenigen zu richten, die eine pluralistischere Auslegung des Islam vertreten.

Der digitale Raum stellt für islamistische Organisationen hierbei ein Werkzeug dar, um ihre Außenwahrnehmung den politischen Gegebenheiten anzupassen. So stellen sie sich nicht selten als Vereine der Integration, des Zusammenkommens und des gegenseitigen Austausches mit der Gesellschaft dar. Eine starke Verdrehung ihrer eigentlichen Ideologie. Auch soziale Medien dienen diesen Organisationen als Plattformen, um vor allem jüngere Menschen zu erreichen und ihre Inhalte massengerecht zu transferieren. Daher ist es vor allem wichtig, die Aufmerksamkeit auch auf den digitalen Raum zu richten.

Im Zweifel die Meinung von Expert*innen und Betroffenen einholen

Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten Expert*innen heranziehen, wenn es darum geht, Bündnisse einzugehen. Viele Wissenschaftler*innen oder zivilgesellschaftliche Akteur*innen können durch ihre Expertise helfen, muslimische Bündnispartner*innen

zu empfehlen. Auch gibt es muslimische Expert*innen, die durch ihre akademische Arbeit einen Überblick über die verschiedenen Strukturen bieten können.

Wichtig ist aber auch vor allem denjenigen zuzuhören, die selber Anfeindungen und Gewalt von islamistischer Seite ausgesetzt waren und sind. Oftmals haben diese Menschen einen breiten Wissens- und Erfahrungsschatz hinsichtlich der verschiedenen Organisationen. Glaubensgemeinschaften und Minderheiten, die islamistische Gewalt erfahren haben, haben schon sehr früh lernen müssen, von welchen Strukturen eine Gefahr für sie ausgeht. Ihnen gilt es Gehör zu schenken und eine Arbeit mit denjenigen auszuschließen, die ihre Existenz infrage stellen.

Zum Beispiel verfügen alevitische, ezidische, armenische oder assyrische Verbände über einen breiten Erfahrungsschatz hinsichtlich islamischer und islamistischer Verbände. Diese Stimmen bleiben oft ungehört oder werden nicht ernst genommen. Es muss viel stärker auf ihr Wissen und ihre Erfahrungen zurückgegriffen werden und sie als Expert*innen herangezogen werden.

Es passiert auch nicht selten, dass diese Minderheiten unter den Oberbegriff „muslimisch“ subsumiert werden und ihre Perspektiven dadurch unsichtbar gemacht werden. Sie kommen meist aus Ländern, in denen sie Minderheiten bilden und diskriminiert werden, vor allem aus der Türkei. Sie mit Glaubensgemeinschaften, die dort die Mehrheit bilden und keiner strukturellen Diskriminierung ausgesetzt sind, gleichzustellen, öffnet den Raum für eine gefährliche Unsichtbarmachung der Minderheitenpositionen und ihrer Forderungen. Dabei werden nicht selten von einigen muslimischen Verbänden in Deutschland Rechte beansprucht, die sie den dortigen Minderheiten nicht zusprechen würden. Diese Doppelmoral gilt es stärker herauszuarbeiten und auch öffentlich zu kritisieren.

Denn Organisationen, die die Rechte von Minderheiten, von Frauen und weiteren Vertreter*innen einer pluralen und progressiven Gesellschaft nicht achten, sollten als Gesprächspartner*innen nicht infrage kommen. Gelegentlich werden reaktionäre Verbände auf der einen Seite und alevitische, assyrische oder ezidische Verbände auf der anderen Seite zu denselben Veranstaltungen eingeladen. Hier fehlt eine Sensibilisierung hinsichtlich der Gefahren, die

für die Minderheitencommunitys von diesen Verbänden ausgehen könnten. Auch deshalb muss man sich stärker mit den einzelnen Vereinigungen befassen.

Es gilt antimuslimischen Rassismus zu bekämpfen, aber sehr oft wird antimuslimischer Rassismus auch als Vorwand genommen, um Kritik an den eigenen reaktionären Strukturen abzuwehren. So wird legitime Kritik erschwert oder unsichtbar gemacht. Nicht selten erfolgt eine Verdrehung von Opfer- und Täterperspektive, was dazu führt, dass gewisse muslimische Verbände immer noch als Bündnispartner in Frage kommen. Organisationen, die rassistische, reaktionäre und islamistische Weltbilder vertreten, müssen kritisiert werden und dürfen sich nicht hinter dem Vorwand des antimuslimischen Rassismus verstecken.



Efsun Kızılay (1989) ist Politologin und Kommunikationswissenschaftlerin und arbeitet als Referentin für Migration bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ehrenamtlich ist sie seit vielen Jahren in antirassistischen Projekten aktiv. Zudem engagiert sich Efsun Kızılay für Projekte, die sich mit Antidiskriminierung und den Rechten von Minderheiten auseinandersetzen.*

Was tun gegen Rassismus und Islamismus?

von Ismail Küpeli

Die Ausgangslage für eine linke und emanzipatorische Kritik an den konservativen Islamverbänden und am legalistischen Islamismus bleibt schwierig. Bis heute ist die sogenannte „Islamdebatte“ von rechten und rassistischen Vereinnahmungen durch Akteur_innen aus der Mehrheitsgesellschaft und einer pauschalen Abwehrhaltung seitens der konservativen Akteur_innen aus den muslimischen Communitys dominiert. Linke und emanzipatorische Stimmen sind permanent dem Druck ausgesetzt, sich nach allen Seiten abzugrenzen und immer wieder ihre eigenen Positionen dahingehend prüfen zu müssen, dass sie weder Stichworte für rassistische Hetze gegen Muslim_innen liefern noch die Gefahren, die vom Islamismus ausgehen, relativieren. Und selbst dann werden sie gleichzeitig von der einen Seite als Rassist_innen und von der anderen Seite als Islamismus-Unterstützer_innen beschimpft. Insofern ist es nicht überraschend, dass sich in den letzten zehn Jahren, in denen die Debatten sich in diese Richtung entwickelten, eine ganze Reihe kluger und reflektierter Menschen aus den Diskussionen entfernt haben. Trotzdem ist es weiterhin wichtig, eine explizit antirassistische Position zu entwickeln, die zwischen Islam und Islamismus, zwischen Muslim_innen und Islamist_innen unterscheidet – und gleichzeitig Kritik an konservativen Islamverbänden und islamistischen Akteur_innen erlaubt.

Rassismus gegen Muslim_innen

Rassismus gegen Muslim_innen in Deutschland existiert. „Rassismus ohne Rassen“ geht davon aus, dass zwei Kriterien zentral sind: Erstens die Kategorisierung von Menschen aufgrund kultureller Eigenschaften, die als fest und relativ unveränderlich definiert werden. Zweitens die Ausgrenzung von Menschen aufgrund dieser

Kategorisierung. Beide Aspekte finden sich bei der Feindschaft gegen Muslime in Deutschland wieder. Dabei ist es unerheblich, dass statt „Rasse“ von „Kultur“ gesprochen wird, wenn „Kultur“ als etwas Essentielles und Unveränderliches verstanden wird. Rassist_innen und Antisemit_innen sind durchaus in der Lage, die „Anderen“ gleichzeitig als minderwertig und gefährlich zu sehen. Ebenso geht kulturalistischer Rassismus immer wieder in biologischen Rassismus über.

Rassismus gegen Muslim_innen basiert dabei auf einer Vorstellung des Islams als einer Religion, die grundsätzlich anders ist. „Der“ Islam sei gewalttätig, bedrohlich und gleichzeitig minderwertig und primitiv. Veränderungsprozesse werden dabei ausgeschlossen, und die Pluralität des „real existierenden“ Islams wird negiert. In einer frappierenden Übereinstimmung mit Islamist_innen gehen Rassist_innen davon aus, dass der „wahre“ Islam gleichbedeutend mit einer reaktionären Interpretation des islamischen Rechts ist. Dass islamisches Recht etwas anderes als die Religion ist, der Islam in Südostasien etwas anderes als der wahhabitische Staat in Saudi-Arabien, dass selbst im Rahmen des islamischen Rechts sehr unterschiedliche Wertvorstellungen denkbar sind – dies alles und noch viele weitere Aspekte werden negiert, um eine eindeutige und essenzialistische Definition des Islam zu schaffen. Ausgehend von einer solchen rassistischen Debatte gibt es weder eine Brücke zu einer emanzipatorischen Kritik des Islamismus als politischer Bewegung noch zu einer sinnvollen Religionskritik. So mag eine generelle „Islamkritik“ als nichtrassistische Religionskritik denkbar sein. Eine solche Kritik spielt jedoch in der gegenwärtigen Debatte keine erwähnenswerte Rolle. Ebenso bietet eine pauschale Kritik an „dem“ Islam wenig Anknüpfungspunkte für eine emanzipatorische Praxis. Sinnvoller wäre eine Kritik an konkreten Lehren und Praxen im „real existierenden“ Islam. Für eine konkrete Kritik etwa am Frauenbild oder dem Umgang mit Atheist_innen sind auch muslimische Bündnispartner_innen zu finden, da diese Aspekte unter Muslim_innen keineswegs unumstritten sind. Eine solche Kritik ist aber etwas grundsätzlich anderes als das, was in Deutschland unter „Islamkritik“ verstanden wird.

Ohnehin findet die „Islamdebatte“ keineswegs im luftleeren Raum statt, sondern im Rahmen einer breiten Auseinandersetzung darüber, welche Religionsgemeinschaften wie viel Zugang zu staatlichen

Ressourcen und gesellschaftlicher Anerkennung erhalten sollen. In dieser ungleichen Auseinandersetzung können die christlichen Kirchen auf staatliche Unterstützung, eine breite Institutionalisierung und eine christlich geprägte Gesellschaft zurückgreifen. Dagegen erfahren nichtchristliche Religionsgemeinschaften eine skeptische bis feindliche Stimmung. Emanzipatorische Kräfte müssen sich bewusst machen, dass ihre Argumente sehr leicht dafür instrumentalisiert werden können, Religionsgemeinschaften aus Minderheiten Rechte vorzuenthalten. Sie würden sich sonst auf der gleichen Seite wiederfinden wie eine ganze Reihe von Akteur_innen, die sich aus unterschiedlichen Gründen dafür entschieden haben, zu Stichwortgeber_innen für rassistische Positionen zu werden. Eine solche „Kritik“ dient dann dazu, die weitere Ausgrenzung der Muslim_innen zu legitimieren. Und spätestens, wenn „Islamkritiker_innen“ mit rechten Akteur_innen kooperieren, wie etwa mit Geert Wilders (Ayaan Hirsi Ali), Udo Ulfkotte (Mina Ahadi) und Thilo Sarrazin (Necla Kelek), gibt es allen Anlass, sich davon deutlich abzusetzen.

Antirassistische Kritik am Islamismus?

Gleichzeitig muss leider festgestellt werden, dass es nur wenige Ansätze einer emanzipatorischen Position gibt, die gegen den antimuslimischen Rassismus agiert und gleichzeitig eine überzeugende Kritik der religiösen Legitimierung menschenfeindlicher Praxen liefert. Fest steht jedoch, dass die gegenwärtige „Islamkritik“ kaum Anknüpfungspunkte für eine solche Position bietet. Positiv gewendet könnte dies bedeuten, dass es bereits eine Stärkung emanzipatorischer Kritik ist, Sackgassen zu kennen und Fallen zu vermeiden. Dies ist nicht zuletzt deswegen notwendig, weil in Deutschland die „Islamdebatte“ mit dem sozial ungleichen Verhältnis zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und der muslimischen Minderheit überlappt. Und in einer solchen Konstellation ist eine emanzipatorische Position ohne ein Eintreten für die Überwindung von sozialer Ungleichheit (oder zumindest für die rechtliche Gleichstellung) nicht denkbar. Wenn also Religionsgemeinschaften bestimmte Rechte haben, dann müssen diese Rechte allen Gruppen zustehen und nicht nur den Religionsgemeinschaften der Mehrheitsgesellschaft.

Was macht eine antirassistische und emanzipatorische Positionierung überhaupt möglich? Zunächst müsste die gegenwärtige „Islamdebatte“ als ein antiemanzipatorischer Diskurs angesehen

werden. Dies bedeutet, dass die Marginalisierung und Ausgrenzung der muslimischen Minderheit durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft im Zentrum der Analyse stehen, ohne dabei die Unterdrückungsverhältnisse innerhalb muslimischer Communitys zu negieren. Eine emanzipatorische Kritik an diesen Unterdrückungsverhältnissen ist nur möglich, wenn sie kulturalistische Deutungen vermeidet und sich auf konkrete Lehren und Praxen bezieht. Und nicht zuletzt ist Emanzipation nur denkbar durch gemeinsame soziale Bewegungen quer über kulturell und ethnisch gesetzte Grenzen hinweg.



Ismail Küpeli (1978) ist Politikwissenschaftler und kommentiert die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Türkei und in Deutschland, insbesondere die staatlichen Politiken gegenüber Minderheiten. Weitere Schwerpunkte seiner Arbeit sind nationalistische Ideologien und identitäre Tendenzen – sowohl in den Mehrheitsgesellschaften als auch innerhalb der jeweiligen Minderheiten.*

Musliminnen und Muslime in Deutschland – zwischen Muslimfeindlichkeit und Islamismus

von Ahmad A. Omeirate

Am Morgen des 11. September 2001 verübten 19 Terroristen mehrere Terroranschläge in den USA. Mitglieder des islamistischen Terrornetzwerks Al-Qaida entführten vier Passagierflugzeuge und missbrauchten diese als Terrorwaffen. Sie steuerten mit Passagieren an Bord und in voller Geschwindigkeit auf zuvor ausgewählte Gebäude zu. Zwei der vier entführten Maschinen rasten in die Türme des New Yorker World Trade Center, die weltweit als Twin Towers bekannt waren. Beide Türme stürzten kurze Zeit später nacheinander in sich zusammen. Rund 2.600 Menschen starben bei den beiden Anschlägen. Eine weitere Maschine stürzte in das Pentagon, den Sitz des US-Verteidigungsministeriums. Das vierte Flugzeug soll sein Ziel verfehlt haben, vermutlich das Weiße Haus in Washington DC, und stürzte bei Pittsburgh ab. Etwa 250 Passagiere wurden so von den Terroristen mit in den Tod gerissen.¹

Die Zerrbilder über den Islam in den Medien

Seit den Anschlägen wird nun regelmäßig darüber debattiert, welchen Anteil „der Islam“ an solchen Katastrophen haben könnte. Im Zuge solcher öffentlichen Diskussionen veränderte sich auch die Wahrnehmung von Menschen, die zuvor noch als Türkinnen und Türken, Marokkanerinnen und Marokkaner, Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, Ausländerinnen und Ausländer, Migrantinnen und Migranten oder Menschen mit Migrationshintergrund bezeichnet

¹ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 11. September 2001 – Terroranschläge in den USA. 2021 jähren sich die Anschläge des 11. September zum 20. Mal, August 2021, <https://www.lpb-bw.de/11september> (Stand: 05.10.2021).

wurden. Die kollektivierende Chiffre „die Muslime“ rückte somit in den allgemeinen Fokus. Zu diesem Verständnis trugen allerdings nicht nur rechte Medien oder Nutzer in den sozialen Netzwerken bei, sondern auch der Einfluss von traditionellen Massenmedien sorgte dafür, dass kaum noch eine klare Differenzierung zwischen „dem Islam“, Islamismus oder „den Muslimen“ möglich war. Diese Art der Simplifizierung befeuerte auch antimuslimische Narrative, die sich in gesellschaftsrelevanten Debatten niederlegen konnten. Die Verantwortung dafür, dass Berichterstattungen ausschließlich im Kontext von Gewalt und Repression stattfinden, ist nicht nur bei den Boulevardmedien zu suchen, sondern ebenfalls bei den seriösen Medien, die sich bei ihrer Auslandsberichterstattung über die „islamische Welt“ fast ausschließlich auf Krisen und Konflikte beschränkt haben. Zu den antimuslimischen Ressentiments trugen ebenfalls die Unterhaltungsbranche sowie Politik-Talkshows bei, die mit ihren Konzepten und Gästen stark auf Polarisierung und Inszenierung setzen.² Solche Protagonisten waren u. a. der deutsche Konvertit Pierre Vogel,³ der über die islamistische Strömung des Salafismus seinen Weg in die Religion fand, sowie der Orientalist und Journalist Peter Scholl-Latour⁴, der die „islamische Welt“ ausschließlich aus der eurozentrischen Perspektive wahrgenommen hat. Zu den polarisierendsten Figuren im antimuslimischen Diskurs zählte auch der ehemalige SPD-Politiker Thilo Sarrazin,⁵ der aufgrund seiner provokanten Thesen über Muslime im Buch *Deutschland schafft sich ab* ein beliebter Gast solcher Formate war. Dass der Islam eine Religion wie auch „das Christentum“ oder „das Judentum“ ist und sich dabei ebenfalls auf Abraham als Stammvater bezieht sowie unterschiedliche Strömungen beherbergt, geriet für die Mehrheit völlig in den Hintergrund oder war für die Meinungsbildung nicht von Relevanz.

2 Vgl. Kai Hafez/ Sabrina Schmidt, Rassismus und Repräsentation: das Islambild deutscher Medien im Nachrichtenjournalismus und im Film in: Bundeszentrale für politische Bildung, 27.08.2020, <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/bewegt-bild-und-politische-bildung/314621/islambild-deutscher-medien> (Stand: 05.10.2021).

3 Vgl. Katharina Iskandar, Pierre Vogel, Der Islamist aus der Talkshow in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.04.2011, <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/pierre-vogel-der-islamist-aus-der-talkshow-1625845.html> (Stand: 05.10.2021).

4 Vgl. Udo Steinbach, Islam: Spiel mit der Angst in Focus Magazin Nr. 14 (1993), 09.09.2015, https://www.focus.de/politik/ausland/spiel-mit-der-angst-islam_id_1817037.html (Stand: 05.10.2021).

5 Jan Feddersen, Ein Jahr „Deutschland schafft sich ab“ – Trunkenheit am Stift in taz, 30.08.2011, <https://taz.de/Ein-Jahr-Deutschland-schafft-sich-ab/15113187/> (Stand: 05.10.2021).

Diese produzierten Ressentiments wurden und werden zu Recht regelmäßig von verschiedenen Nutzern in den sozialen Medien kritisiert.⁶ Unter ihnen auch eine breite Palette an muslimischen Stimmen, die die über Generationen tradierten Zerrbilder über Musliminnen und Muslime richtigzustellen versuchen. Schnell wurden auch Redaktionen von hiesigen Medien auf sie aufmerksam. Journalistinnen und Journalisten interviewten sie für Zeitungsartikel und Redakteurinnen und Redakteure luden sie in die Sendungen ein und trugen so zu ihrer langfristigen Etablierung als „authentische Stimme“ aus der muslimischen Netzaktivisten-Community bei. Einige von ihnen erlangten so bundesweit an Bekanntheit. Unter diesen Protagonistinnen war auch die Juristin und Kopftuchaktivistin Betül Ulusoy,⁷ die sich 2015 wegen ihres Kopftuchs mit dem Land Berlin über ihr Anstellungsverhältnis beim Bezirksamt Neukölln stritt und das Berliner Neutralitätsgesetz, das religiöse Symbole in öffentlichen Ämtern untersagt, auszuhebeln versuchte. 2016 stand sie nach einem Facebook-Beitrag unter Kritik. Ihr wurde vorgeworfen, dass sie eine „AKP-Aktivistin“ (islamistische Partei in der Türkei) sei, weil sie in dem Beitrag die Säuberungsaktion des türkischen Präsidenten Erdoğan nach einem Putschversuch gegen ihn guthieß.⁸ Eine weitere beliebte Protagonistin für Funk und Medien ist auch die Kopftuchaktivistin Kübra Gümüsay, die in der vom Verfassungsschutz beobachteten und AKP-nahen Gemeinde der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) sozialisiert worden sei.⁹ Auch ihr werfen Kritiker vor, dass sie wie im Fall Ulusoy eine „AKP-Aktivistin“ sei und islamistische Narrative über „den Islam“ in die Mehrheitsgesellschaft zu streuen versuche, um so gezielt ihr indoktriniertes Islamverständnis als Mainstream-Islam in der Bevölkerung zu etablieren. Unliebsame Kritikerinnen und Kritiker und nicht linientreue Türkinnen und Türken beschimpfte sie 2013 in ihrer „taz“-Kolumne als „deutsche Haustürken“. Gümüsay

6 Vgl. Kai Hafez/ Sabrina Schmidt, Rassismus und Repräsentation.

7 Vgl. Jost Müller-Neuhof, Der Fall Betül Ulusoy in Berlin: Neukölln droht neuer Ärger ums Kopftuch in: Der Tagesspiegel, 18.07.2015, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/der-fall-betuel-ulusoy-in-berlin-neukoelln-droht-neuer-aerger-ums-kopftuch/12073570.html> (Stand: 05.10.2021).

8 Vgl. Melanie Berger, Nach Putschversuch in der Türkei: Streit um Facebook-Post von Betül Ulusoy in: Der Tagesspiegel, 18.07.2016, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-putschversuch-in-der-tuerkei-streit-um-facebook-post-von-betuel-ulusoy/13892856.html> (Stand: 05.10.2021).

9 Vgl. Reyhan Şahin, Intersektionaler Feminismus: Kopftuch und Tabu in taz, 20.09.2018, <https://taz.de/Intersektionaler-Feminismus/15533294/> (Stand: 05.10.2021).

dementiert auf ihrer Homepage jedoch jegliche Vorwürfe, die sich über die Jahre angesammelt haben.¹⁰

Dass viele Redaktionen bereits ihre Unkenntnis zum Thema Islam unter Beweis gestellt haben, konnte man an den vergangenen Berichterstattungen sehen. Dass sie aber mit ihrem Versuch des „Richtigmachens“ nun islamistische Aktivistinnen und Aktivisten und Narrative etablieren, zeugt nur erneut von einer völlig verzerrten Wahrnehmung und Unwissenheit über „die Muslime“ und „den Islam“. So können sich nun Islamistinnen und Islamisten in Europa hinter dem Label „Islam“ oder „Muslima und Muslim“ verstecken und bleiben für die unkritische und sicherlich auch zum Teil unwissende Mehrheitsgesellschaft verborgen. Im Gegenzug brandmarken Aktivistinnen und Aktivisten kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Journalistinnen und Journalisten, Reformtheologinnen und Reformtheologen und andere Akteurinnen und Akteure aus der Position der vermeintlich homogenen muslimischen Minderheitsgesellschaft öffentlich als „antimuslimische Rassistinnen und Rassisten“ oder als „islamophob“. Und dies, obwohl sich ihre kritische Haltung nicht per se auf alle Musliminnen und Muslime bezieht, sondern eben auf islamistische Bewegungen und ihre verfassungsfeindlichen, antidemokratischen, nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Weltanschauungen, die genauso von Musliminnen und Muslimen im europäischen und islamischen Raum regelmäßig kritisiert werden.

Die Aktivistinnen und der Islam

Werden hingegen reaktionäre innerislamische Tendenzen thematisiert, folgen meist massive Rassismuskritiken genau von solchen Netzaktivistinnen und Netzaktivisten. So erging es etwa der Ethnologin Susanne Schröter, die 2019 an der Frankfurter Goethe-Universität die Konferenz „Das islamische Kopftuch. Symbol der Würde oder der Unterdrückung?“ organisierte und sowohl Befürworterinnen als auch Kritikerinnen zur Podiumsdiskussion einlud. Nach Ankündigung der Veranstaltung organisierten Aktivistinnen und Aktivisten sowie Studierende der Universität unter dem Hashtag #schroeter_eraus eine diffamierende Onlinekampagne, in deren

¹⁰ Vgl. Ronya Othmann, Wer ist Kübra Gümüşay in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.04.2021, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wer-ist-kuebra-guemue-ay-17284811.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (Stand: 05.10.2021).

Zuge Schröter „antimuslimischer Rassismus“ vorgeworfen und ihre Entlassung gefordert wurde.¹¹

Im März 2021 fand im französischen Grenoble eine ähnliche Protestaktion von Studierenden und Aktivistinnen und Aktivisten statt, die zwei Professoren diffamierten und in den sozialen Netzwerken gegen sie mobilisierten.¹² Klaus Kinzel, der an der dortigen Universität deutsche Geschichte und Kultur lehrt, wurde der „Islamfeindlichkeit“ bezichtigt, nachdem er sich gegen die Gleichsetzung von Islamophobie mit Antisemitismus und Rassismus im Titel einer geplanten Veranstaltung aussprach. Auch ein sich mit ihm solidarischer Professor geriet schnell ins Visier des organisierten Kollektivs. Das französische Innenministerium warf der wütenden Gruppe vor, dass ihr Vorgehen die Professoren in Lebensgefahr brachte und sie es sogar billigend in Kauf genommen habe. Beide stehen nach der Hasskampagne im Netz unter Polizeischutz.

„Begriffe wie Islamfeindlichkeit, Islamophobie, antimuslimischer Rassismus sind zu Kampfbegriffen des Politischen Islam geworden“¹³, sagt Mouhanad Khorchide in einem Gastkommentar für die österreichische Tageszeitung Die Presse. Der liberal-islamische Theologe und Islamwissenschaftler ist der Überzeugung, dass mit dieser Terminologie versucht werde, die „westliche Gesellschaft per se [als] islamfeindlich“ darzustellen. Eine klare Definition dieser Begriffe existiere nicht, und nur wenige interessierten sich für ihre wissenschaftliche Erforschung, gleichzeitig würden sie aber „unreflektiert“ verwendet, wodurch weite Teile der Gesellschaft zu ungewollten Unterstützern der „antiwestliche[n] Ideologie des

11 Vgl. Sophie Aschenbrenner, Studierende protestieren gegen Konferenz zum Thema Kopftuch, 08.05.2019, <https://www.jetzt.de/politik/schroeter-raus-debatte-um-kopftuch-konferenz-an-der-goethe-uni-frankfurt> (Stand: 03.10.2021); Vojin Saša Vukadinović, Kampagne gegen Susanne Schröter: Diskursganoven, in: Jungle World 19/2019, 09.05.2019, <https://jungle.world/artikel/2019/19/diskursganoven> (Stand: 04.10.2021).

12 Vgl. Andrea Nüsse, Kulturkampf an französischen Hochschulen. So schnell wird man zum „islamophoben Faschisten“, in: Der Tagesspiegel, 16.03.2021, <https://www.tagesspiegel.de/politik/kulturkampf-an-franzoesischen-hochschulen-so-schnell-wird-man-zum-islamophoben-faschisten/27006476.html> (Stand: 04.10.2021); Stefan Dege/Heike Mund, Islamophobie und Antisemitismus. Cancel Culture: Streit um Meinungsfreiheit in Frankreich, 22.03.2021, <https://de.qantara.de/inhalt/islamophobie-und-antisemitismus-cancel-culture-streit-um-meinungsfreiheit-in-frankreich> (Stand: 04.10.2021).

13 Mouhanad Khorchide, Sind wir nicht schon längst auf den Politischen Islam herein-gefallen? in: Die Presse, 17.11.2020, <https://www.diepresse.com/5898835/sind-wir-nicht-schon-langst-auf-den-politischen-islam-heringefallen> (Stand: 05.10.2021).

Politischen Islam“ würden.¹⁴ Als liberale Stimme in der deutschen Islamdebatte wird Khorchide selbst regelmäßig Opfer islamistischer Verleumdungskampagnen; an einer solchen hatte sich auch der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Mohammed Khallouk, beteiligt.¹⁵

Auch der liberal-sunnitische Gelehrte Kyai Haji Yahya Cholil Staquf teilt Khorchides Ansichten und sieht einen „klaren Zusammenhang zwischen Fundamentalismus, Terror und Grundannahmen der islamischen Orthodoxie“.¹⁶ Über diesen Zusammenhang sollte man offen diskutieren können und kritisch reflektieren dürfen. Der Generalsekretär der größten muslimischen Organisation in Indonesien appelliert deshalb an „den Westen“, damit aufzuhören, „das Nachdenken über diese Fragen für islamophob zu erklären“.¹⁷

LITERATURVERZEICHNIS

Aschenbrenner, Sophie. **Studierende protestieren gegen Konferenz zum Thema Kopftuch**, 08.05.2019,

<https://www.jetzt.de/politik/schroeter-raus-debatte-um-kopftuch-konferenz-an-der-goethe-uni-frankfurt> (Stand: 04.10.2021).

Berger, Melanie. **Nach Putschversuch in der Türkei: Streit um Facebook-Post** von Betül Ulusoy in: Der Tagesspiegel, 18.07.2016,

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-putschversuch-in-der-tuerkei-streit-um-facebook-post-von-betuel-ulusoy/13892856.html> (Stand: 05.10.2021).

Breuer, Rita. **Die Muslimbruderschaft in Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung**, Dossier Islamismus (2019),

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/290422/die-muslimbruderschaft-in-deutschland> (Stand: 05.10.2021).

Dege, Stefan/Heike Mund. **Islamophobie und Antisemitismus. Cancel Culture: Streit um Meinungsfreiheit in Frankreich**, 22.03.2021,

<https://de.qantara.de/inhalt/islamophobie-und-antisemitismus-cancel-culture-streit-um-meinungsfreiheit-in-frankreich> (Stand: 04.10.2021).

14 Khorchide, Sind wir nicht schon längst auf den Politischen Islam hereingefallen?

15 Vgl. Rita Breuer, Die Muslimbruderschaft in Deutschland in: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Islamismus (2019), <https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/290422/die-muslimbruderschaft-in-deutschland> (Stand: 05.10.2021).

16 o. A., Terrorismus und Islam hängen zusammen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.08.2017, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/islamgelehrter-terrorismus-und-islam-haengen-zusammen-15157757.html> (Stand: 05.10.2021).

17 Zitiert nach o. A., Terrorismus und Islam.

Feddersen, Jan. **Ein Jahr „Deutschland schafft sich ab“ – Trunkenheit am Stift** in taz, 30.08.2011,
<https://taz.de/Ein-Jahr-Deutschland-schafft-sich-ab/!5113187/> (Stand: 05.10.2021).

Hafez, Kai/Schmidt, Sabrina. **Rassismus und Repräsentation: das Islambild deutscher Medien im Nachrichtenjournalismus und im Film** in: Bundeszentrale für politische Bildung, 27.08.2020,
<https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/bewegt-bild-und-politische-bildung/314621/islambild-deutscher-medien> (Stand: 05.10.2021).

Iskandar, Katharina, Pierre Vogel. **Der Islamist aus der Talkshow** in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.04.2011,
<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/pierre-vogel-der-islamist-aus-der-talkshow-1625845.html> (Stand: 05.10.2021).

Khorchide, Mouhanad. **Sind wir nicht schon längst auf den Politischen Islam hereingefallen?**, in: Die Presse, 17.11.2020,
<https://www.diepresse.com/5898835/sind-wir-nicht-schon-langst-auf-den-politischen-islam-hereingefallen> (Stand: 05.10.2021).

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. **11. September 2001 – Terroranschläge in den USA**. 2021 jähren sich die Anschläge des 11. September zum 20. Mal, August 2021,
<https://www.lpb-bw.de/11september> (Stand: 05.10.2021).

Müller-Neuhof, Jost. **Der Fall Betül Ulusoy in Berlin: Neukölln droht neuer Ärger ums Kopftuch** in: Der Tagesspiegel, 18.07.2015,
<https://www.tagesspiegel.de/berlin/der-fall-betuel-ulusoy-in-berlin-neukoelln-droht-neuer-aerger-ums-kopftuch/12073570.html> (Stand: 05.10.2021).

Nüsse, Andrea. **Kulturkampf an französischen Hochschulen. So schnell wird man zum „islamophoben Faschisten“**, in: Der Tagesspiegel, 16.03.2021,
<https://www.tagesspiegel.de/politik/kulturkampf-an-franzoesischen-hochschulen-so-schnell-wird-man-zum-islamophoben-faschisten/27006476.html> (Stand: 04.10.2021).

o. A. **Terrorismus und Islam hängen zusammen**, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.08.2017,
<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/islamgelehrter-terrorismus-und-islam-haengen-zusammen-15157757.html> (Stand: 05.10.2021).

Othmann, Ronya. **Wer ist Kübra Gümüşay** in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.04.2021,
https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wer-ist-kuebra-guemue-ay-17284811.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (Stand: 05.10.2021).

Şahin, Reyhan. **Intersektionaler Feminismus: Kopftuch und Tabu** in taz, 20.09.2018,
<https://taz.de/Intersektionaler-Feminismus/!5533294/> (Stand: 05.10.2021).

Steinbach, Udo. **Islam: Spiel mit der Angst** in Focus Magazin Nr. 14 (1993), 09.09.2015,

https://www.focus.de/politik/ausland/spiel-mit-der-angst-islam_id_1817037.html (Stand: 05.10.2021).

Vukadinović, Vojin Saša. **Kampagne gegen Susanne Schröter: Diskursganoven**, in: Jungle World 19/2019, 09.05.2019,

<https://jungle.world/artikel/2019/19/diskursganoven> (Stand: 03.10.2021).



Ahmad A. Omeirate ist 1984 als Sohn libanesischer Bürgerkriegsflüchtlinge in Berlin geboren. Er studierte Wirtschafts- und Islamwissenschaften. Seit mehreren Jahren forscht und arbeitet er zu den Themen Interkulturalität, Islam, Islamismus, Antisemitismus und Clankriminalität. Als Referent bei einem Spitzenverband der Freien Wohlfahrt berät er zudem Mitgliederorganisationen in den Bereichen Migration, Integration und Flucht.

Antialevitischer Rassismus hat eine lange Tradition

von der Rassismuskritik AG
des BDAJ Bayern e.V.

Was ist das Alevitentum? Das Alevitentum ist ein humanistischer Glaube. Gleichstellung der Geschlechter, Naturverbundenheit, Toleranz, Weltoffenheit, Bescheidenheit, Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe sind Kernelemente des alevitischen Glaubens¹. Im Zentrum der alevitischen Lehre steht der Mensch. Des Weiteren hat das Alevitentum keinen Absolutheitsanspruch. Alevitische Menschen werden als religiöse Minderheit seit jeher unterdrückt, bedroht und verfolgt. In der deutschen Diaspora leben schätzungsweise 700.000 Alevit:innen,² auch hier sind sie von antialevitischem Rassismus betroffen.

Was ist antialevitischer Rassismus?

Antialevitischer Rassismus beschreibt die Diskriminierungsform, die Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Alevitentum strukturell, aber auch im Alltag abwertet und diffamiert. Diese Form des Rassismus hat in der Türkei eine lange Historie. Der Ursprung der Religion liegt in Anatolien und auch Abwertung und Verfolgung von Alevit:innen haben dort ihre Wurzeln. Durch die Mehrheitsgesellschaft wurde in einem langen Prozess eine Konstruktion „des Anderen“ erzeugt, wie es auch aus anderen Rassismen bekannt ist.³ So besteht bis heute das Vorurteil, dass Alevit:innen eine Sekte darstellen, und sie werden auf Schlüsselbegriffe wie Rückständigkeit und Inzest reduziert.

1 Vgl. BAKM e.V. (Hrsg.), Das Alevitentum (in Kurzform)

2 Vgl. Frerk, C. (2021) Aleviten in Deutschland | fowid - Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland

3 Vgl. Şahin, B. (2020) Alevitische Identitäten in der Migrationsgesellschaft. In Alevitische Gemeinde 1 Deutschland e.V. (Hrsg.) Dokumentation des Projekts. AKTIV! für Demokratie und Toleranz in der Migrationsgesellschaft. S. 51, <https://alevi.com/wp-content/uploads/2020/11/Dokumentation-des-Projekts-AKTIV.pdf>

Alevitische Feste, Gesänge und Schriften waren sehr lange verboten. Daher wurden die Religion, ihre Praxis und ihre Glaubenssätze vor allem in Gedichten (Deyiş) und Gesängen übertragen. Das geschriebene Wort konnte eine Zugehörigkeit zur Religion bezeugen und führte damit zu Repression und in den schlimmsten Fällen zu Massakern.⁴ Eine historische, aber bis heute andauernde Praxis ist die Markierung von alevitischen Häusern mit einem roten „X“. Ziel dahinter ist, Alevit:innen als solche zu „outen“ und damit zur Zielscheibe von Diskriminierung und Mordanschlägen zu machen.⁵

Traurige Höhepunkte der Verfolgung von Alevit:innen stellen das Dersim- und das Sivas-Massaker dar. Während der Aufstände in Dersim 1938 und der Manifestierung des türkischen Nationalstaates wurden ca. 70.000 bis 80.000 Alevit:innen in und um Dersim ermordet und ca. weitere 50.000 deportiert.⁶ In Sivas fand 1993 ein alevitisches Kulturfestival zu Ehren des Dichters Pir Sultan Abdal statt. Vor dem Madimak-Hotel, in dem alevitische Gäste logierten, versammelte sich eine Menschenmasse (die Zahl wird auf 20.000 Menschen geschätzt) und warf Brandsätze auf das Gebäude. Bei diesem Anschlag kamen 35 Menschen alevitischen Glaubens und zwei Mitarbeitende des Hotels ums Leben.⁷

Antialevitischer Rassismus in der deutschen Diaspora

Mit den Migrationsbewegungen der 1960er-Jahre ist diese Form der Diskriminierung auch in Ländern, in denen alevitische Menschen in der Diaspora leben, wie zum Beispiel in Deutschland, zu finden. Fast jeder:er alevitische Jugendliche in Deutschland wurde mindestens einmal mit dem Vorurteil „Mum Söndü“ („die Kerzen sind aus“) konfrontiert. Der Hintergrund: Alevitische Menschen zünden beim Gebet drei Kerzen für Allah bzw. Hak, Muhammed und Ali an und löschen sie nach dem Gebet. Mit dem unwahrheitsgemäßen Vorurteil „Mum Söndü“ wird Alevit:innen vorgeworfen, dass sie nach dem Erlöschen der Kerzen weder Schwester noch Bruder etc. kennen würden. Ihnen wird also Inzest vorgeworfen, da sie ohne eine Trennung der

4 Vgl. Dreßler, M. (2014) <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/184986/die-alevit:innen>

5 Vgl. Türkmen, M (2021) <https://www.disorient.de/magazin/alevilerin-carpisi-zwischen-ausgrenzung-und-repression>

6 Vgl. Dangleit, e. (2015) <https://www.heise.de/tp/features/Das-Dersim-Massaker-an-den-alevitischen-Kurden-in-der-Tuerkei-3372147.html>

7 Vgl. Ataman, F. (2008) <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/15-jahre-massaker-von-sivas-die-auferstehung-der-alevit:innen-a-563623.html>

Geschlechter beten. Diffamierung und das Leitthema der inzestuösen Unzivilisierten sind, wie bereits oben beschrieben, elementar in der Abwertung von Alevit:innen.

Wie weit die Diskriminierung unter diesem Aspekt auch in Deutschland reicht, machte zum Beispiel das Deutsch-Türkische Wörterbuch des Langenscheidt Verlags deutlich: Der Begriff Kizilbaş, eine diskriminierende Fremdbezeichnung für Alevit:innen, wurde auf Deutsch mit „Inzest“ übersetzt.⁸ Das Thema „Mum Söndü“ wurde sogar 2007 in einer Tatortsendung der ARD aufgegriffen, in der ein alevitisches Mädchen vom eigenen Vater missbraucht wurde und Zuflucht im Islam suchte. Die Folge wurde nach bundesweiten Protesten und lauter Kritik aus dem Programm entfernt.⁹

Auch in Deutschland nicht sicher

Leider drücken sich die Abwertungen nicht nur in verbaler Art aus, sondern treten auch immer wieder in physischer Art zutage. In den letzten Jahren kam es immer wieder zu Angriffen auf alevitische Kulturzentren und Gemeinden in Deutschland. Dabei gehören beispielsweise türkisch-nationalistische Schmierereien wie in Bamberg 2018 zum Alltag.¹⁰ Schüsse auf die Gemeinde in Marl im Jahr 2020 reihen sich ebenfalls in diese traurige Aufzählung.¹¹

Auch entwickelte das türkische Konsulat in München eine App zur Denunzierung türkischer Staatsbürger:innen, die in der Vergangenheit nachweislich mehrfach zum Einsatz kam und zu Verhaftungen führte. Damit verbunden besteht sowohl bei einer Einreise in die Türkei als auch unmittelbar hier in Deutschland permanent eine kollektive Gefahr für Alevit:innen.¹² Dies bestätigt zudem der an die Öffentlichkeit gebrachte Skandal, dass Imame, welche aus der Türkei entsandt wurden, in Deutschland Spionage betrieben haben.¹³ Die Gefahr der Spionage besteht auch weiterhin, denn die türkische Religionsbehörde entsendet fortwährend Imame nach

8 Vgl. Quelle Langenscheidt Verlag

9 Vgl. Terkivatan, A (2009) Inzestvorwurf an Aleviten/Kizilbaş
<https://www.grin.com/document/128772>

10 Vgl. Güler, K. (2017) <https://www.bdaj-bayern.de/de/aktuelles/nachrichten/164-has-sparole-an-den-waenden-der-alevitischen-gemeinde-bamberg>

11 Vgl. BDAJ Marl (2020) BDAJ MARL auf Instagram: „Sevgili Canlar, Cemevimize yapılan bu hain saldırıdan dolayı, gösterdiğiniz destek ve dayanışma için canı gönülden teşekkür ederiz...“

12 Vgl. Sendker, M. (2019) <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/tuerkei-erdogan-anzeige-app-denunzieren-straftbar-einreise/>

Deutschland. Dabei ist jedoch zu betonen, dass nicht alle Imame oder in bestimmten Vereinen tätige Menschen unter Generalverdacht gebracht werden sollten. Dies würde dem antimuslimischen Rassismus lediglich in die Hände spielen und ist entsprechend nicht zielführend. Wohl aber ist die permanente Gefahr für Alevit:innen ernst zu nehmen.

Fehlende Solidarität

Die Tragweite des Einflusses von antialevitischem Rassismus ist nicht nur für Alevit:innen spürbar, sondern für alle Menschen in ihrem Umfeld. Das wird vor allem bei Kooperationsanfragen deutlich. Von Musiker:innen bis Journalist:innen und Politiker:innen: Viele Menschen lehnen eine Zusammenarbeit mit der alevitischen Community ab, um sich selbst vor Hate Speech zu schützen oder keine Follower zu verlieren. Darüber hinaus scheuen sich viele Akteur:innen und Organisationen, aber auch Einzelpersonen im Alltag, bei antialevitischem Rassismus Haltung zu zeigen und sich mit Alevit:innen zu solidarisieren. Sie haben Angst vor Bedrohungen und weiteren negativen Folgen für sich selbst und ihre Angehörigen. Des Weiteren ist häufig zu vernehmen, dass Unsicherheit darüber vorliegt, wie man mit dem Thema umgehen solle, beispielsweise in der Kinder- und Jugendarbeit. Anstatt sich jedoch für dieses Thema zu sensibilisieren und diese Unsicherheit schrittweise abzubauen, wird diese Form der Gewalt und Diskriminierung vollständig ausgeblendet und als nicht existent dargestellt.

Wie wirkt sich das auf alevitische Jugendliche aus?

Die Selbstpositionierung alevitischer Jugendlicher in Deutschland wird häufig von der Fremdzuschreibung geprägt, was häufig zu einer Identitätskrise führt. Denn was ist, wenn man nicht als zugehörig anerkannt wird? Alevit:innen sind in der deutschen Migrationsgesellschaft eine Minderheit, aber auch im sogenannten Ursprungsland des Alevitentums, der Türkei.¹⁴ Es gibt keinen Ort außerhalb der eigenen Community, in dem sie eine Mehrheit bilden. Daher gibt es außerhalb der Community auch keinen geschützten Ort für sie.

13 Vgl. Hür, K. (2016) <https://www.deutschlandfunk.de/tuerkischer-geheimdienst-ditib-imame-spionierten-offenbar-100.html>

14 Vgl. Şahin, B. (2020) Alevitische Identitäten in der Migrationsgesellschaft. In Alevitische Gemeinde 1 Deutschland e.V. (Hrsg.) Dokumentation des Projekts. AKTIV! für Demokratie und Toleranz in der Migrationsgesellschaft. S. 49-50, <https://alevi.com/wp-content/uploads/2020/11/Dokumentation-des-Projekts-AKTIV.pdf>

Die ausgeprägte Erinnerungskultur der Glaubensgemeinschaft ist fester Bestandteil der jugendlichen „Alevi-Identität“.¹⁵ Dies bezieht sich nicht nur auf Erinnerung an das sogenannte Herkunftsland und die dortige jahrhundertelange Diskriminierungserfahrung, sondern auch auf die Diskriminierungserfahrungen und Lebensrealitäten in der deutschen Diaspora. Alevitische Jugendliche in Deutschland wachsen mit den Erinnerungen an das Sivas-Massaker und mit einer entsprechenden Erinnerungskultur auf. Damit verbunden sind sie einem Kollektivtrauma ausgesetzt, wodurch sie eine Verbundenheit zu den Opfern des Sivas Massakers verspüren.¹⁶ Folglich ist eine durch antialevitischen Rassismus motivierte Tat, sei es eine verbale Drohung oder ein Anschlag, stets auch eine Botschaft an alle anderen Alevit:innen.

Mit dieser Botschaft und der damit verbundenen Betroffenheit wird unterschiedlich umgegangen. Viele Jugendliche halten ihre alevitische Glaubenszugehörigkeit geheim, vor allem in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen. Oft sehen sich Alevit:innen zu einer Selbstzensur zum eigenen Schutz gezwungen, dies zeigt ein aktuelles Beispiel einer alevitischen Studentin. Im Gespräch mit Kommiliton:innen ihres Studiengangs im politikwissenschaftlichen Themengebiet wurden die politischen Lagen verschiedener Länder verglichen. Als die alevitische Studentin sich kritisch zur Türkei äußerte, drohten ihr andere Studierende mit türkischen Wurzeln, sie solle nicht provozieren und schlecht über die Türkei reden. Gefühle von Ohnmacht, permanente Angespanntheit, Wut, Angst, Handlungsunfähigkeit und Misstrauen gehen mit den Erfahrungen von antialevitischem Rassismus einher und prägen Alevit:innen in ihrer Identität sowie in ihrem Verhalten.

Diese Beispiele, Auswirkungen und Merkmale des antialevitischen Rassismus, sowohl individuell als auch strukturell, zeigen die gesamtgesellschaftliche Relevanz dieser Diskriminierungsform. Es betrifft nicht nur Alevit:innen, und auch nicht nur Menschen innerhalb der Migrationsgesellschaft, es betrifft uns alle.

Warum thematisieren wir das? Was wünschen wir uns?

Bisher wird in den meisten Debatten, in denen Islamismus, türkischer Rechtsextremismus bzw. Ultranationalismus oder antialevi-

15 ebd.

16 ebd.

tischer Rassismus überhaupt thematisiert werden, diese Form der Gewalt und Diskriminierung eher als ein Problem innerhalb der Migrationsgesellschaft dargestellt. Menschen ohne Migrationshintergrund sowie Menschen innerhalb der Migrationsgesellschaft ohne direkte Betroffenheit begeben sich oft erst gar nicht in dieses Themenfeld oder gehen noch weiter und betonen, dass das Aufgreifen dieser Thematik nicht erwünscht sei, da man hier in Deutschland friedlich leben möchte. Solche Positionen kommen in Gremien wie bei Jugendringen, Foren für Migrant:innenselbstorganisationen etc. vor. Eine solche Haltung verschleiert allerdings nur antialevitischen Rassismus und fördert Diskriminierung. Aufgrund von Unwissenheit über diese Form der Diskriminierung sowie aus Schutzgründen fehlt es Alevit:innen sehr oft an einem solidarischen und selbstkritischen Umfeld, doch genau das benötigen wir, um uns angstfrei in der Gesellschaft bewegen und an dieser aktiv teilnehmen zu können.

Daher fordern wir:

- **Ein strukturiertes Konzept im Umgang mit türkischen Rechtsextremismus in Deutschland**
- **Aufklärung über die Existenz und Praktiken des Alevitentums in der Gesellschaft**
- **Sensibilisierung zum Thema Minderheiten in der Migrationsgesellschaft**
- **Sensibilisierte Sichtbarmachung des Alevitentums, wenn verschiedene Religionen thematisiert werden**
- **Selbstreflexion und eine selbstkritische Haltung im Umgang mit Safe Spaces, Kooperationen und Alevit:innen sowie anderen Minderheiten**
- **Überprüfung der vorhandenen Literatur über Alevit:innen auf diskriminierende Inhalte**

AG
RASSISMUSKRITIK



Die Rassismuskritik AG des BDAJ Bayern hat sich 2018 aus einer kleinen Gruppe engagierter Jugendlicher gegründet, mit

dem Ziel, gegen den wachsenden, aber zum Teil unsichtbaren Rassismus in der Gesellschaft anzukämpfen. Wir veröffentlichen gemeinsam Texte, in denen wir uns zu gesellschaftlichen Diskursen äußern und nehmen an Demonstrationen und anderen Protestformen teil. In unserer Funktion als Untergliederung eines Jugendverbands organisieren wir antirassistische Bildungsseminare und Workshops. Die AG ist über die Mail-Adresse ag-rassismuskritik@bdaj-bayern.de erreichbar.

UNSERE FORDERUNGEN

1.

Die Kritik an islamistischen, völkischen und/oder nationalistischen Organisationen wegen ihrer menschenverachtenden und antidemokratischen Ideologie ist politisch geboten und fußt auf einer sachlichen Grundlage. Eine Diffamierung inhaltlicher Kritik als rassistisch wirkt sich als Unterstützung ebendieser Organisationen aus. Selbstverständlich muss sich jede_r, der/die Kritik übt, von weißen Rechtsradikalen und Rechtspopulist_innen, die diese Kritik für ihre Zwecke missbrauchen wollen, abgrenzen.

2.

Antirassismus muss als fester Bestandteil von Organisationskultur etabliert werden. Wir rufen alle Akteur_innen der Kinder- und Jugendhilfe auf, eigene Strukturen auf Barrieren hin zu überprüfen. Dies wirkt dem Rückzug auf die islamische Identität entgegen. Das gleiche gilt für alle gesellschaftlichen Bereiche (v.a. Wirtschaft, Bildungsbereich, Öffentlicher Dienst usw.): Soziale Belange von Eingewanderten und ihren (direkten) Nachkommen müssen ernstgenommen werden. Sie dürfen nicht als Bürger_innen zweiter Klasse gelten.

3.

Zur Verbesserung der Informationslage muss eine Dokumentationsstelle „Politischer Islam“ (ähnlich wie in Österreich) eingerichtet und angemessen finanziert werden.

4.

Paragraph 166 StGB, der sogenannte Blasphemieparagraf, ist einer modernen Gesellschaft nicht angemessen und muss gestrichen werden. („Wer öffentlich oder durch Verbreiten eines Inhalts (§ 11 Absatz 3) den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“).

5.

Ditib-Jugend und BDMJ, MJD und FEMYSO, Islamische Jugend, IGMG und Young Schura, IGS-Jugend, sowie Organisationen und Jugendgruppen aus dem Umfeld der Gülen-Bewegung oder der Grauen Wölfe, dürfen nicht als freie Träger der Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII anerkannt werden.

*Bund der Alevitischen Jugendlichen
in Deutschland e.V.*

IMPRESSUM

Herausgeber:
Bund der Alevitischen Jugendlichen
in Deutschland e.V.
Stolberger Str. 317
50933 Köln



Amtsgericht Köln
Vereinsregister 19334

v.i.S.d.P.:
Özge Erdoğan und Kamer Güler

Konzeption:
Özge Erdoğan, Gökhan Güngör, Laura Schwab

Redaktion:
Astrid Simons

Telefon: 0221 94 98 56 42
E-Mail: info@BDAJ.de
www.BDAJ.de

Layout und Satz:
Adrian Brachman

Druck:
dieumweltdruckerei.de

Fotos:
S. 11: vvg-koeln, S. 15: privat, S. 20: Peter Grewer/ZIT, S. 25: privat,
S. 29: Felix Huesmann, S. 37: Dara Franjic

Zweite leicht überarbeitete Auflage
Februar 2022

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



